

Landwirte brauchen Hilfe

LANDWIRTSCHAFT EU-Politiker Arne Lietz informiert sich bei Bauern über die aktuelle Situation. Warum eine Abschlagszahlung schnell helfen würde.

VON ANDREAS BÖRKNER

HEDERSLEBEN/MZ - Wie kann die Landwirtschaft gerade angesichts der Trockenheit besser unterstützt werden? Kommt das angekündigte Geld auch schnell bei den Betroffenen an? Nicht nur diesen Fragen geht Arne Lietz, Sachsen-Anhalts Vertreter der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, auf seiner Sommertour nach. „21 Tage lang bin ich mitten in der Gesellschaft“, erklärte der Politiker, „ich komme mit Bürgern, aber auch Vereinen, Verbänden und Unternehmen ins Gespräch, besuche verschiedene Veranstaltungen und Firmen in ganz Sachsen-Anhalt.“

Nach einem Besuch der Harzer Tafel der Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Quedlinburg mit Landtagsmitglied Andreas Steppuhn (SPD) traf sich Lietz am Donnerstagnachmittag mit Vertretern der Landwirtschaft in Hedersleben. Der Abgeordnete, der selbst aus einer Bauernfamilie in Schleswig-Holstein stammt, diskutierte mit ihnen die Auswirkungen der Dürre und mögliche Hilfeleistungen. Schließlich habe die EU beschlossen, das Geld vorfristig freizugeben.

Egal, ob Lutz Trautmann, Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Hedersleben, Frank Zed-



Bauernverbandsvorsitzender Wilfried Feuerstack (l.) erklärt Arne Lietz (M.) die Situation der Landwirte in Sachsen-Anhalt.

FOTO: BÖRKNER

ler, sein Kollege von der Hoymer Agrargesellschaft, oder Wilfried Feuerstack als Vorsitzender des Bauernverbandes Nordharz das Wort ergriffen, in einem waren sie sich einig: „Die Landwirtschaft ist keineswegs an allen Problemen schuld, wie es in den Medien oft dargestellt wird.“ Und auf die derzeitige Situation angesprochen: „Die Ernteausfälle sind immens und werden sich nicht nur auf Preise auswirken. Es wird auch deutlich weniger Futter für unsere Tiere geben.“ An solch einen Sommer könnten sich selbst die ältesten Mitarbeiter nicht erinnern.

„Auf Hilfe müssen wir in Sachsen-Anhalt aber lange warten“, sagte Feuerstack. Nach Gesprächen mit der Landesregierung könne Geld frühestens im Dezember ausgezahlt werden, wenn alles geprüft und beantragt sei. Damit haben die Bauern ein Problem: Anfang Oktober werden Pachten für die Ackerflächen fällig. „Das liegt vor allem an Ämtern und Behörden des Landes, welche EU-Vorgaben nochmals mit eigenen Vorschriften verschärfen und verkomplizieren“, machte Zedler deutlich. „Im Land haben sie große Angst, einen Fehler zu machen, erfinden deshalb

immer neue Formulare und Kontrollen“, ergänzte Trautmann und verwies auf einfachere Verfahren in Niedersachsen. „Nur Geld wird nicht ausgezahlt.“

Lietz und Steppuhn versprachen, sich dieser Kritik anzunehmen. „Ziel muss es sein, dass künftig nur noch eine Stelle im Land die EU-Gelder ausreicht“, betonte Lietz. Da er in Brüssel mit zwei Niedersachsen in einer WG wohne, könne er sich auf kurzem Wege über die Abläufe informieren. Zedler schlug vor, kurzfristig wenigstens einen Abschlag zu zahlen. Feuerstack erinnerte sich, dass dies in einer ähnlichen Situation 2003 bereits einmal erfolgt sei.

Und noch weitere Wünsche haben die Harzer Landwirte: „Es muss innerhalb der EU einheitliche Steuern und einen gerechten Wettbewerb geben.“ Während in Deutschland Bio-Diesel mit 19 Cent besteuert werde und Erstattungen den Aufwand nicht deckten, würden in anderen Ländern keine oder nur geringe Beträge gezahlt, rechnete Zedler vor. Ebenso würden Subventionen in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich verteilt, weil sich die Eigentumsverhältnisse nach dem Krieg unterschiedlich entwickelt hätten. Zedler: „Der Osten muss anders behandelt werden.“